



Auf ein Wort

Liebe Leserin,
lieber Leser,

der Wahlkampf hat längst begonnen. Etwa drei Wochen vor dem Wahlsonntag, also dem 24. September, geht es jetzt in die heiße Phase. Höchste Zeit also, mich nochmal per Rundbrief zu melden!

In dieser Ausgabe möchte ich über die massive Zunahme der Leiharbeit, den neuen Höchstwert an Erbvermögen und das Freihandelsabkommen mit Japan berichten. Außerdem geht es um die irrierte Annahme der Bundesregierung, dass der Beschäftigungszuwachs auf die Agenda 2010-Politik zurückzuführen ist. Auf der Bayernseite lauten die Themen: Ärztemangel im ländlichen Raum, Döbriener Versagen und die Tatsache, dass viele Lehrkräfte über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Einige Wahlkampftermine sind auf der letzten Seite zu finden – ich würde mich sehr freuen, den einen oder anderen Rundbrief-Abonnenten dort zu begrüßen!

Ich wünsche einen sonnigen Spätsommer, eine gute Wahlentscheidung und viel Spaß beim Lesen!
Euer

SCHWERPUNKT

Leiharbeit weiter auf dem Vormarsch

Die Leiharbeit ist auch in den vergangenen Jahren weiter angewachsen. Das zeigt unsere Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Im Dezember 2016 gab es mit 993.000 fast eine Million Leiharbeitskräfte. Im Vergleich zu 2013 sind das 16,4 Prozent mehr, im Vergleich zu 2003 hat sich die Zahl sogar verdreifacht. Der Anteil der Leiharbeitskräfte liegt in Deutschland oberhalb des Durchschnitts der EU-28.

Die einzigen, die davon profitieren, sind die Arbeitgeber. Die Leiharbeitsbeschäftigten hingegen werden mit Dumpinglöhnen abgespeist, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und ein hohes Risiko, nach kurzer Zeit erneut arbeitslos zu sein. 54 Prozent der beendeten Arbeitsverhältnisse dauern weniger als drei Monate an, nur 22,3 Prozent dauern länger als neun Monate und nur 14,1 Prozent länger als 15 Monate. Die Perspektiven sind dann für viele nicht gut: Nur 26 Prozent findet 30 Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung außerhalb der Leiharbeit gefunden. Fast jeder Fünfte dagegen hat wieder lediglich ein Leiharbeitsverhältnis. Leiharbeit ist keinesfalls eine Brücke in reguläre Beschäftigung. Leiharbeit ist eine Form prekärer Beschäftigung, die durch kurze, sich anei-



einander reihende Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen geprägt ist. Der Durchschnittslohn in der Leiharbeit liegt bei gerade einmal 58 Prozent des allgemeinen Durchschnittslohns. In Zahlen heißt das monatlich 1.816 Euro brutto gegenüber 3.133 Euro brutto bei Vollzeittätigkeit. Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit erfolgt in einem erheblichen Maße über Leiharbeit. 32 Prozent der gemeldeten offenen Stellen sind Leiharbeitsstellen, 33 Prozent der Vermittlungen durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen erfolgen in Leiharbeit. Die Betrachtung der Abgänge aus Arbeitslosigkeit bestätigt den problematischen Stellenwert der Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt: 19 Prozent derjenigen, die aus der Arbeitslosigkeit in ein sozi-

alversicherungs-pflichtiges Arbeitsverhältnis gehen, landen in einem Leiharbeitsverhältnis.

Die SPD hätte 2016 die Chance gehabt, Leiharbeit schärfer zu regulieren. Stattdessen hat sie die Lage per Gesetz noch verschlechtert. Leiharbeit gehört mindestens so reguliert wie in Frankreich: Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit plus ein zehnpromzentiger Flexibilitätszuschlag. Wenn es die SPD mit Sozialer Gerechtigkeit ernst meint, darf sie nicht ständig vor der Arbeitgeberlobby einknicken. ◀

ÄRZTLICHE VERSORGUNG
AUF DEM LAND
HARTZ IV FÜR
LEHRKRÄFTE

ARBEIT

Das Märchen vom Jobwunder

Die Bundesregierung führt den Zuwachs der Beschäftigtenzahl regelmäßig auf die Agenda 2010-Politik zurück. Das ist falsch, wie unsere »Kleine Anfrage zeigt.

Während die Zahl der abhängig Beschäftigten von 2000 bis 2015 um 8,4 Prozent gestiegen ist, ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden der abhängig Beschäftigten im gleichen Zeitraum lediglich um 3,2 Prozent gewachsen. Das zeigt: Arbeit wurde schlicht umverteilt, weg von Vollzeit hin zu mehr Teilzeit. Zugleich zeigen die Zahlen im Vergleich mit anderen Volkswirt-

schaften, dass die Agenda 2010 keineswegs für eine Konjunktur gesorgt hat, die sich etwa von der Frankreichs grundlegend unterscheidet.

Die Agenda 2010 hat also vor allem zu mehr prekärer Arbeit geführt: weniger Vollzeit, mehr Teilzeit, Minijobs und Leiharbeit. Statt guter Arbeit mehr unsichere Jobs. Die Angst vor Hartz IV und Sanktionen drängen die Menschen dazu, jeden noch so schlechten Job anzunehmen. Die Gewerkschaften wurden durch die Agenda-Reformen massiv geschwächt. Die Tarifbindung nimmt ab.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist von 2000 auf 2015 um 3,2 Prozent auf 21,4 Millionen zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit mehr als 20 Wochenstunden auf 3,4 Millionen verdoppelt und der Teilzeitbeschäftigten mit weniger als 20 Wochenstunden um 23 Prozent auf 4,8 Millionen erhöht.

Es ist höchste Zeit, sachgrundlose Befristungen zu verbieten, Leiharbeit wie in Frankreich zu regeln - gleicher Lohn ab der ersten Stunde plus zehn Prozent Flexibilitätszuschlag -, und Minijobs einzudämmen. ◀

Nur 6,25% Steuern auf Erbschaften und Schenkungen

2016 beliefen sich vererbte und verschenkte Vermögen auf 108,8 Mrd. Euro, also über ein Drittel des Bundeshaushaltes. Damit wurde wieder das Rekordniveau von 2014 erreicht. Dank großzügiger Ausnahmen - u.a. beim Betriebsvermögen - verblieben nur 60,2% des geerbten Vermögens und 17,7% des geschenkten Vermögens steuerpflichtig.

Die festgelegte Erbschaftsteuer belief sich auf 5,7 Mrd. Euro, also 13,1% des geerbten Vermögens. Die Schenkungsteuer brachte 1,1 Mrd. Euro, was einem Anteil von lediglich 1,7% entspricht. Am Ende konnte der Staat bzw. die Allgemeinheit also gerade mal 6,25% der steuerlich veranlagten Fälle für sich beanspruchen.

Nicht ohne Grund steht in der bayerischen Verfassung: „Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Freibeträge und Steuerprivilegien für Unternehmensvermögen müssen dringend auf den Prüfstand!

Die Linke will die Erbschaftsteuer gezielt nur für große Vermögen erhöhen. Dafür müssen zuallererst die Steuerbefreiungen für Unternehmensvermögen gestrichen werden. Zur Not kann es großzügige Stundungsregeln und/oder die Ermöglichung einer Begleichung der Steuerschuld in Ratenzahlungen geben. Bisher allerdings ist kein einziger Fall bekannt, das aufgrund der Zahlung von Erbschaftsteuer pleitegegangen wäre.

WIRTSCHAFT

Das Freihandelsabkommen JEFTA

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Japan (JEFTA) soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. JEFTA würde ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts betreffen.

Der Öffentlichkeit ist das Abkommen kaum bekannt. Auf der Internetseite der Europäischen Kommission sind lediglich vier Dokumente zugänglich: die europäischen Vorschläge zu kleinen und mittleren Unternehmen sowie zur regulatorischen Kooperation und die Berichte der 17. und 18. Verhandlungsrunde.

Im JEFTA-Abkommen geht es um Handelsliberalisierung, regulatorische Kooperation, Klagerechte für ausländische Investoren und um einen Negativlis-

tenansatz zur Liberalisierung - das heißt, alles was nicht ausdrücklich von den JEFTA-Bestimmungen ausgenommen ist, wird automatisch liberalisiert. Das sind genau die Punkte, die zu massenhaften Protesten gegen TTIP und CETA geführt haben. Darüber hinaus möchte Japan die „veralteten“ privaten Investor-Staat-Schiedsgerichte im JEFTA-Abkommen verankern. Außerdem wird das „Recht zu regulieren“, das den an einem Abkommen beteiligten Staaten das Recht zusteht, Gesetze zum Schutz der Umwelt und der Ge-

sundheit der EU-Bürger zu erlassen noch schwächer formuliert als im CETA-Abkommen, wie die Süddeutsche Zeitung vom 24./25. Juni 2017 berichtet. Die EU-Kommission hat offenbar nichts gelernt aus den massenhaften Protesten gegen CETA und TTIP. Von wegen, zukünftig werde alles transparent verhandelt und CETA sei der neue Standard, hinter das kein zukünftiges Abkommen zurückfallen dürfe! Wieder Lug und Trug aus Brüssel. ◀

Weitere Infos »[hier](#).



Debakel-Dobrindt

Gäbe es eine Goldene Himbeere für den schlechtesten Minister, ginge sie in dieser Legislatur sicher an den Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU).

Selbst wenn ich mir ernsthaft Mühe gebe, fallen mir zu seiner Dienstzeit nur Debakel ein: Ausländermaut, Dieselgate, Autobahnprivatisierungen...

Gerade erst berichtete die Süddeutsche Zeitung, dass die Betreibergesellschaft A1 Mobil Deutschland auf über 640 Millionen Euro verklagt. Diese hat die Autobahn zwischen Bremen und Hamburg ausgebaut, und will nun Geld vom Bund, weil die erwarteten Mautgewinne nicht eintrafen und nun die Insolvenz droht. Die Frankfurter Rundschau spricht von Erpressung: „Eine Autobahn aber lässt sich nicht schließen, nur weil

die Gewinnerwartungen eines Konsortiums nicht erfüllt werden. Diese Sicherheit macht öffentliche Infrastruktur gerade zu so einem begehrten Anlageprodukt.“ Die zur weiteren Ausweitung der Teilprivatisierungen - die Dobrindt entgegen aller Warnungen des Bundesrechnungshofes vehement verteidigte - notwendigen Grundgesetzänderungen waren am 1. Juni mit den Stimmen der Großen Koalition im Bundestag beschlossen

worden... Beim Dieselskandal gibt Dobrindt den Vertreter der Autoindustrie und seine Ausländermaut droht zu einem Millionengrab zu werden und die Maut für alle einzuleiten. Denn die EU-Kommission plant, die Mautsysteme in Europa zu vereinheitlichen. Dobrindts Mautsystem ist dann hinfällig. Schlechte Filme mit goldener Himbeere muss man nicht schauen, Dobrindts Maut kann man sich leider nicht entziehen. ◀



BILDUNG

Lehrkräfte: Hartz IV in den Sommerferien

Während der Sommerferien werden Tausende Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Pünktlich zu Beginn der großen Ferien steigen die Zahlen von arbeitslosen und arbeitssuchenden Lehrkräften sprunghaft an. Während die Höchstwerte der Zugänge aus Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt exakt mit dem Ende der Sommerferien korrelieren.

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere **kleine Anfrage** zeigt, dass bundesweit 4791 Lehrkräf-

te im August 2016 als Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt registriert waren. Das entspricht dem Fünfeinhalbfachen (553%) des gesamten Jahresmittels (August mit eingerechnet), bzw. mehr als das Achteinhalbfache (856%) des Jahresdurchschnitts der übrigen Monate (ohne August). Dieser Trend ist seit Jahren ungebrochen. Und das, obwohl laut Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ in der Bundesrepublik akuter Lehrkräftemangel herrscht. Viele nicht verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer hangeln sich über

Jahre hinweg von einem befristeten Vertrag zu anderen. Besonders dramatisch ist der Anstieg in Baden-Württemberg, aber auch in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen. Die Betroffenen haben dann nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld, sondern müssen auf Hartz IV zurückgreifen, weil die berufliche Tätigkeit kürzer als das geforderte volle Jahr dauerte.

Wir sagen: Für gute Bildung brauchen wir motivierte Lehrkräfte - das geht nur mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen im Bildungsbereich. ◀

Ärztliche Versorgung auf dem Land

Immer wieder fällt das Stichwort „Ärztmangel im ländlichen Raum“. So hat Bayern sich in diesem Jahr für eine Landarztquote entschieden: Vom Wintersemester 2019/2020 sollen fünf Prozent der Studienplätze für Medizin an Personen vergeben werden, die sich verpflichten nach dem Studium für mindestens acht Jahre in unterversorgten Regionen zu arbeiten.

Für eine flächendeckende und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land braucht es jedoch mehr. Die Unterversorgung in strukturschwachen Gegenden ist die Kehrseite einer Überversorgung in wirtschaftlich interessanten Gegenden. Ein Ansatz ist damit der Abbau von Arztsitzen in überversorgten Regionen. Gleichzeitig muss die Zwei-Klassen-Medizin weg. Wir wollen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen Mitglied der Solidarischen Gesundheitsversicherung werden, auch die derzeit Privatversicherten. Auch das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Versorgungsgerechtigkeit, denn die höhere Bezahlung und fehlende Mengenregulierung in der privaten Krankenversicherung ist für Ärzte*innen der wichtigste Anreiz, sich in Gegenden mit vielen Privatversicherten niederzulassen.

Zudem plädieren wir für neue Versorgungsformen: Patientinnen- und Patientenbusse, Gemeinschafts- und Teilzeitpraxen oder medizinische Versorgungszentren und Polikliniken in öffentlicher Hand machen die Arbeit für junge Medizinerinnen und Mediziner im ländlichen Raum attraktiver. Damit sinkt das finanzielle Risiko gegenüber Einzelpraxen, plan- und gestaltbare Arbeitszeiten sowie eine gemeinsam verantwortete Patientenbetreuung werden möglich.

Klaus Ernst vor Ort:

Mi, 6. Sep, 20.15 - 21.45 Uhr
BR Fernsehen

90- minütige Wahlsendung „Vor der Entscheidung: die Kontrovers-Wahlarena“ mit Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien + FDP + AfD.

Do, 7. Sep, 18.30 Uhr
Schwandorf

Wahlkampfveranstaltung „Soziale Gerechtigkeit - Ernst nehmen!“ Rede und Podiumsdiskussion mit Direktkandidat Marius J. Brey und Klaus Ernst. Spitalkirche, Spitalstraße 9, 92421 Schwandorf

Fr, 9. Sep, nachmittags

Wahlkampfveranstaltung mit Klaus Ernst und Manfred Seel im Kreisverband Donau-Ries / Dillingen
Aktuelle Infos unter: www.die-linke-donau-ries-dillingen.de/termine/

Mo, 11. Sep, ab 16.00 Uhr
Sulzbach-Rosenberg

Infostand mit Klaus Ernst und Wolfgang Bernd. Rosenberger Straße 18 (Innenstadt), 92237 Sulzbach-Rosenberg
19.00 Uhr: Wahlkampfveranstaltung „Soziale Gerechtigkeit- Ernst nehmen! Von Arbeit und Rente muss man leben können!“ mit Klaus Ernst und Wolfgang Bernd. Gasthof Sperber, Rosenberger Str. 14, 92237 Sulzbach-Rosenberg

Mi, 13. Sep, 17.00 Uhr
München

„Unterwegs für soziale Gerechtigkeit mit dem LINKEN Wahlkampf-Truck“, mit Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Nicole Gohlke, Klaus Ernst und weiteren Münchner Direktkandidat/innen. Marienplatz, 80331 München

Do, 14. Sep, 11.00 Uhr
Schweinfurt

„Unterwegs für soziale Gerechtigkeit mit dem LINKEN Wahlkampf-Truck“. DIE LINKE Schweinfurt mit Sahra Wagenknecht, Bernd Rießinger und Klaus Ernst. Marktplatz (Am Rathaus), 97421 Schweinfurt

Do, 14. Sep, 19.00 Uhr
Schweinfurt

Heißer Stuhl zur Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen mit Klaus Ernst (DIE LINKE), Markus Hümpfer (SPD), Barbara Pfeuffer (Bündnis 90/ DIE Grünen), Anja Weißberger (CDU). Naturfreundehaus, Friedrich-Ebert-Straße 1, 97421 Schweinfurt

Fr, 15. Sep, ab 14.00 Uhr,
Lohr am Main

Infostand mit Klaus Ernst, „Soziale Gerechtigkeit - Ernst nehmen! Für gute Arbeit und Renten!“ Hauptstraße, Fußgängerzone, 97803 Lohr am Main

Mo, 18. Sep, ab 16.00 Uhr
Coburg

Infostand DIE LINKE mit Klaus Ernst
18.00 Uhr: Wahlkampfveranstaltung mit Klaus Ernst „Soziale Gerechtigkeit- Ernst nehmen! Von Arbeit und Rente muss man leben können!“ mit Klaus Ernst und René Hähnlein, Direktkandidat Wahlkreis Coburg. Bürgerbüro DIE LINKE, Heiligkreuzstrasse 4, 96450 Coburg

Mi, 20. Sep, 20.00 Uhr
BR Fernsehen

„Münchner Runde zur Bundestagswahl 2017“ mit Klaus Ernst und allen anderen bayrischen Spitzenkandidaten



Fr, 22. Sep, ab 16.30 Uhr
Schweinfurt

Infostand DIE LINKE mit Klaus Ernst. Schweinfurt, Jägersbrunnen

Sa, 23. Sep, ab 11.00 Uhr
Schweinfurt

Infostand DIE LINKE mit Klaus Ernst. Schweinfurt, Rossmann/ Sparkasse

So, 24. Sep, 23.00 Uhr
BR Fernsehen

„Talkrunde zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017“ mit Klaus Ernst und allen anderen bayrischen Spitzenkandidaten

facebook

YouTube

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst.ma05@bundestag.de
Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst.ma04@bundestag.de

Internet www.Klaus-Ernst-MdB.de

Facebook www.facebook.com/mdb.klaus.ernst

Twitter www.twitter.com/ernst_klaus

Klaus Ernst

erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.